

ÄR.7.1 **Beschlussvorschlag zur Größe und Zusammensetzung des Landesvorstandes gemäß § 17 Landdessatzung**

EinreicherInnen: gf. Landesvorstad

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Antrag R 7 wird nicht behandelt.

Der Landesvorstand der LINKEN. Sachsen wird beauftragt, gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag und in Zusammenarbeit mit dem Landesverband DIE LINKE. Brandenburg im Rahmen einer gemeinsamen Konferenz in Vorbereitung der Landtagswahlen 2014 Möglichkeiten der Stärkung der Teilhabe- und Mitwirkungsrechte der Sorbinnen und Sorben zu erörtern und dementsprechende Vorschläge für das Landtagswahlprogramm der LINKEN zu erarbeiten.

Darüber hinaus wird der Landesvorstand der LINKEN. Sachsen beauftragt gemeinsam mit dem Landesvorstand der LINKEN Brandenburg zu prüfen, ob und in welcher Form und Trägerschaft die Wiedereinrichtung des Lausitzforums als ständige Institution und in diesem Rahmen die kontinuierliche Auseinandersetzung mit Fragen der Sorbinnen- und Sorbenpolitik als sinnvoll erachtet und umgesetzt wird.

Begründung:

Für DIE LINKE und DIE LINKE. Sachsen ist der Schutz von Minderheiten ein wichtiges Handlungsfeld. In Sachsen bedeutet dies, dass dem Themenfeld der Sorbinnen- und Sorbenpolitik kontinuierlich von der LINKEN höchste Aufmerksamkeit zu Teil wurde. Dementsprechend wurde fortwährend seit Bestehen der LINKEN Sachsen wenigstens ein Vertreter der sorbischen Minderheit in den Landesvorstand gewählt, der mit dem Anspruch, dieses Politikfeld zu bearbeiten, angetreten ist. Dies gilt ebenso für die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag. Die Ergänzung der in Einzelwahl zu wählenden Mitglieder des Landesvorstandes durch dieses Themenfeld würde also keine Veränderung bzw. Verbesserung des tatsächlichen Zustandes erreichen.

Vielmehr erscheint es angemessener, eine politisch-inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Themenfeld der Sorbinnen- und Sorbenpolitik als Signal in die Öffentlichkeit zu beschließen, als einen Strukturbeschluss. Durch den Vorschlag zur Nichtbehandlung einschließlich der ergänzend genannten Maßnahmen soll verhindert werden, dass eine Ablehnung des Antrags R.7. als Ablehnung der minderheitenpolitischen Positionen der LINKEN fehlinterpretiert wird.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____